

Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe – www.lv-baden.de
Presse: Rüdiger Homberg, Distelweg 1a, 76297 Stutensee, Tel. 07249-3121, Fax 07249-951550, eMail: ruediger.homberg@t-online.de

Presseinformation

Entsetzen über Absage des Landes **Landesvereinigung Baden in Europa e.V. fordert Zuschuss für** **Karlsruher Kombi-Lösung**

Die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. zeigt sich entsetzt über Nachrichten aus Stuttgart, denen zufolge die Landesregierung Baden-Württemberg ihren 20-Prozent-Anteil am Karlsruher Verkehrsprojekt „Kombi-Lösung“ nicht leisten will. Das Projekt hat bei der so genannten standardisierten Bewertung ein Ergebnis größer eins erhalten und ist daher nach Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsgesetz zuschusswürdig. Der Bund steht zu seiner Verpflichtung und stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung, „das Land aber stiehlt sich aus seiner Verantwortung“, wie der Vorsitzende der Landesvereinigung, Prof. Robert Mürb, moniert. Mürb und seine Stellvertreterin, die ehemalige Karlsruher Regierungspräsidentin Gerlinde Hämmerle sind erschüttert darüber, dass in Stuttgart offenbar wieder einmal mit zweierlei Maß gemessen wird. Sie weisen auf das Projekt „Stuttgart 21“ mit einem 100 Mal so großen Finanzaufwand hin, hinter dem die Landesregierung unverbrüchlich stehe, während sie andere Landesteile bei deren Vorhaben kalt abfahren lasse. Mürb und Hämmerle fordern im Namen der Landesvereinigung die Regierung in Stuttgart unmissverständlich auf, diese Blockadehaltung aufzugeben und zu ihren früheren Finanzierungszusagen zu stehen.

„Modelle des ‚public private partnership‘, mit denen private Mittel für eigentlich öffentlich Aufgaben heran gezogen werden“, so die Leitung der Landesvereinigung weiter, „sind zwar im Prinzip zu begrüßen. Private Geldgeber müssen stärker in die öffentliche Verantwortung genommen werden.“ Aber in diesem Fall scheint es Mürb und Hämmerle, dass die Landesregierung billige Wege sucht, um sich endgültig aus dem Verkehrsprojekt zu verabschieden. Sie verlangen vom für Verkehr zuständigen Innenminister Heribert Rech und von Ministerpräsident Günter Oettinger, nicht immer nur an Stuttgart zu denken, sondern sich gelegentlich auch mal die Wünsche und Notwendigkeiten in anderen Teilen des Landes zu eigen zu machen. „Auch Stuttgart 21 könnte übrigens mit ‚ppp‘ gebaut werden“, geben Mürb und Hämmerle abschließend zu bedenken.